
Finanzmarktkrise und wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Bankensektors

HEINZ-J. BONTRUP

Heinz-J. Bontrup, Westfälische Hochschule, E-Mail: bontrup@w-hs.de

Zusammenfassung: Der deutsche Bankensektor hat die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise, sieht man von den hoch spekulativen Großbanken und den geschäftsmodelllosen Landesbanken einmal ab, relativ gut überstanden. Auch das der Krise folgende Niedrigzinsniveau hat zwar im Zinsergebnis negative Spuren hinterlassen, dennoch konnte der gesamte deutsche Bankensektor von 2000 bis 2017 einen Jahresüberschuss vor Ertragsteuern in Höhe von fast 326 Milliarden Euro (jahresdurchschnittlich 18,1 Milliarden Euro) erzielen. Davon haben sich die öffentlichen Sparkassen mit gut 120 Milliarden Euro den größten Teil des Gewinns einverleibt, gefolgt von den Volksbanken mit fast 84 Milliarden Euro. Zusammen kamen Sparkassen und Volksbanken auf einen Gewinnanteil von 62,7 Prozent des gesamten Bankensektors. Die Großbanken realisierten dagegen von 2000 bis 2017 „nur“ fast 31 Milliarden Euro beziehungsweise kamen auf einen Gewinnanteil von 9,5 Prozent. Das mit Abstand größte deutsche Kreditinstitut, die Deutsche Bank, konnte von 2000 bis 2017 insgesamt 56 Milliarden Euro an Gewinn vor Steuern einstreichen, was bedeutet, dass die anderen Großbanken im selben Zeitraum zusammen einen Verlust in Höhe von 25 Milliarden Euro verkraften mussten. Die trotz Wirtschaftskrise hohen Gewinne im Bankensektor haben im Grundsatz mit einer marktwirtschaftlich gewollten Wettbewerbssituation nur wenig zu tun. Allerdings relativieren sich die Gewinne bezogen auf das niedrig eingesetzte Eigenkapital. Die Eigenkapitalrentabilitäten vor Steuern schwanken hier von 2000 bis 2017 im gesamten deutschen Bankensektor zwischen -7,4 Prozent (2008) und 12,9 Prozent (2005). Auffallend hoch sind hier die Profitraten der Sparkassen mit Werten von 27,4 Prozent (2011) und 16,4 Prozent (ebenfalls 2011) bei den Volksbanken. Im Vergleich zur deutschen Wirtschaft fallen die Renditewerte im Bankensektor natürlich weit geringer aus, weil sich die Gewinne der Finanzsphäre nur aus der produzierenden Wirtschaft

→ JEL classification: G21, G28, E44, D33

→ Keywords: Banking sector, banking, earning power, economic crisis, shadow bank, functional distribution, neoliberal policy

ergeben können. Nach der Krise ist vor der Krise. Zwar wurde der Bankensektor einer größeren staatlichen Kontrolle unterworfen, die aber nur die Symptome bekämpft und nicht die Krisenursache, die in einer neoliberal gewollten Umverteilung von den Arbeits- zu den Kapitaleinkünften liegt. So konnte auch ein stetig wachsender gefährlicher Schattenbankensektor entstehen, der ohne jegliche staatlichen Kontrollen die nach wie vor sich zu den Kapitaleinkünften umverteilenden Wertschöpfungen in spekulativer Manier aufsaugt. Wird die Umverteilung in der produzierenden Wirtschaft nicht endlich durch einen signifikanten Anstieg der Lohnquote und durch eine entsprechende staatliche Besteuerung des völlig ungleich verteilten Vermögens geändert, also die Krisenursache beseitigt, so ist die nächste schwere Finanz- und Wirtschaftskrise nicht mehr weit.

Summary: The German banking sector has weathered the global financial and economic crisis relatively well, apart from the highly speculative big banks and the non-banked state banks. Even though the low interest rate following the crisis has had a negative impact on net interest, the entire German banking sector was able to generate net income before taxes of nearly 326 billion euros (annual average 18.1 billion euros) from 2000 to 2017. Of these, the public savings banks have incorporated 120 billion euros, this is most of the profits, followed by the Volksbanks with almost 84 billion euros. Together, savings banks and Volksbanks earned a 62.7 percent share of the total banking sector. By contrast, the big banks are realizing „only“ almost 31 billion euros between 2000 and 2017, or a profit share of 9.5 percent. By far the largest German bank, Deutsche Bank, was able to recoup a total of 56 billion euros in profit before tax from 2000 to 2017, which means that the other major banks together had to cope with a loss of 25 billion euros during the same period. The high profits in the banking sector despite the economic crisis have, in principle, little to do with a market-driven competitive situation. However, the profits are relative to the low capital employed. The pre-tax return on equity between 2000 and 2017 in the German banking sector as a whole fluctuates between -7.4 percent (2008) and 12.9 percent (2005). Noticeably high here are the profit rates of the savings banks with values of 27.4 percent (2011) and 16.4 percent (also 2011) at the Volksbanks. Compared to the German economy as a whole, the return values in the banking sector are, of course, much lower because the profits of the financial sphere are. After the crisis is before the crisis. It is true that the banking sector has been subject to greater state control, which, however, only combats the symptoms of the crisis and not the cause of the crisis, which is a neoliberal change from labor to capital. As a result, a steadily growing dangerous shadow banking sector could emerge which, without any state controls, absorbs in a speculative manner the added value of reallocated capital gains. If the decisive redistribution in the producing economy is not finally reversed in a significant increase in the wage share and by a corresponding state taxation of completely unevenly distributed assets, thus eliminating the cause of the crisis, the next serious financial and economic crisis is not far away.

I Einleitung

Mit der Insolvenz der Deutschen Industriebank IKB war die weltweite Finanzmarktkrise in Deutschland angekommen. Ende Juli 2007 meldete die Bank eine Existenz bedrohende Schiefelage an. Und im August 2007 war die später erloschene öffentlich-rechtliche Landesbank Sachsen LB faktisch pleite. Nur durch eine erhöhte Kreditlinie der Sparkassenorganisation sowie durch eine Übernahme durch die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW), die dann auch in große Schwierigkeiten kam, konnte die Sachsen LB vor einer förmlichen Insolvenz gerettet werden. Dazu musste eine Bürgschaft des Landes Sachsen über 2,75 Milliarden Euro beitragen. Bei den durch die Finanzmarktkrise schwer in die wirtschaftliche Schiefelage geratenden Landesbanken sind auch die später abgewickelte West LB und die Bayerische Landesbank sowie die HSB Nordbank zu erwähnen. Die mittlerweile verkaufte und privatisierte HSB hat den Bundesländern Hamburg und Schleswig-Holstein viele Milliarden Euro gekostet. Die größte Pleite legte jedoch die Hypo Real Estate (HRE) (ehemals Deutschlands größte Hypothekenbank) hin. Aufgrund der

Krise musste die HRE am 5. Oktober 2009 als erste Bank in der Geschichte der Bundesrepublik voll verstaatlicht werden. Die verbliebenen Aktionäre erhielten noch eine Barabfindung von 1,30 Euro je Stückaktie. Die Kosten für den Steuerzahler wurden bis Ende 2010 auf 19,1 Milliarden Euro beziffert.

Von den vor der Finanzmarktkrise vorhandenen elf Landesbanken sind heute nur noch sechs übrig geblieben. Am Ende könnten es noch vier sein. Die Norddeutsche Landesbank, die Landesbank Baden-Württemberg, die Bayerische Landesbank und die Landesbank Hessen-Thüringen (Frankfurter Allgemeine Zeitung 2018: 20). Auch die private Commerzbank stand kurz vor der Insolvenz. Nur durch eine Teilverstaatlichung konnte sie gerettet werden, und das größte deutsche Kreditinstitut, die Deutsche Bank, musste 2008 einen Verlust von 5,7 Milliarden Euro verkraften.

2 Weniger – aber größere Banken

Wie es scheint, hat der deutsche Bankensektor durch die Finanzmarktkrise ab 2007 heftigen Schaden genommen. Stimmt das aber auch für den gesamten Bankensektor? Was ist in der Krise mit den öffentlichen Sparkassen und den genossenschaftlichen Volksbanken passiert? Dies soll unter anderem im Folgenden differenziert untersucht werden. Zunächst kann einmal festgestellt werden, dass die deutschen Kreditinstitute seit 2010 von dem positiven Wachstumstrend in Deutschland profitiert haben. Die Ausfallrate bei Krediten war in den letzten Jahren gering. Die nach wie vor niedrigen Zinsen belasten jedoch die Erträge der Banken. Nach 2013 und 2015 haben die Deutsche Bundesbank und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, auch 2017, rund 1 500 kleine und mittelgroße deutsche Kreditinstitute zu ihrer Ertragslage und Widerstandsfähigkeit im Niedrigzinsumfeld befragt. *„Die Auswertungen zeigen, dass das Niedrigzinsumfeld die deutschen Kreditinstitute, insbesondere wenn sie ein überwiegend zinsabhängiges Geschäftsmodell verfolgen, weiterhin erheblich belastet. Insgesamt gehen die Institute von einem Rückgang des Jahresüberschusses vor Steuern bis 2021 um neun Prozent aus. Bei einem geplanten Bilanzwachstum über denselben Zeitraum um rund zehn Prozent führt dies zu einer Verringerung der Gesamtkapitalrentabilität (Jahresüberschuss vor Steuern im Verhältnis zur Bilanzsumme) um 16 Prozent“* (Deutsche Bundesbank 2017: 57).

Eine weitere notwendige Eigenkapitalaufstockung auf mindestens zehn Prozent fällt daher schwer. Seit 2007 ist die Eigenkapitalausstattung zwar um rund 46 Prozent auf 466 Milliarden Euro gestiegen. Dennoch erhöhte sich die Eigenkapitalquote während dieser Zeit nur von 3,8 auf 5,6 Prozent (Deutsche Bundesbank 2017: 72).

Vor der Finanzmarktkrise lag die akkumulierte Kapitalsumme (Eigen- und Fremdkapital) aller Banken in Deutschland bei 8 348 Milliarden Euro und 2012 bei 9 543 Milliarden Euro. Dies ist eine Steigerung um 14,3 Prozent. Danach ging der Kapitaleinsatz bis 2017 wieder auf 8 249 Milliarden Euro, um 13,6 Prozent, zurück. Gleichzeitig schrumpfte die Zahl der Kreditinstitute seit 2000 stark von 2 733 auf 1 653 (2017), um 39,4 Prozent. Auch die Zahl der Zweigstellen ging kräftig um 24,1 Prozent zurück, das heißt fast jede vierte Bankzweigstelle wurde in Deutschland seit 2000 geschlossen. Folglich wurden die einzelnen verbliebenden Banken, bei einem Anstieg der Kapitalmasse zwischen 2000 und 2017 um 20,1 Prozent, immer größer.

Tabelle 1

Strukturdaten Bankensektor Deutschland

Jahr	Anzahl Banken	Anzahl Zweigstellen	Bilanzsumme in Milliarden Euro	Beschäftigte*	Personalaufwand in Millionen Euro	Arbeitskosten je Beschäftigten in Euro
2000	2 733	39 617	6 866	733 800	42 000	57 236
2001	2 518	37 585	7 246	728 950	43 000	58 989
2002	2 418	35 340	7 348	710 650	41 600	58 538
2003	2 294	33 753	7 205	690 350	41 600	60 259
2004	2 229	42 659	7 361	678 800	41 200	60 695
2005	2 169	41 394	7 717	672 500	43 400	64 535
2006	2 042	38 487	7 913	662 200	46 000	69 465
2007	2 012	37 976	8 348	662 650	44 600	67 306
2008	1 970	37 659	8 515	657 850	43 000	65 364
2009	1 935	36 927	8 212	646 650	45 800	70 827
2010	1 920	36 463	8 300	642 050	43 100	67 129
2011	1 899	36 027	9 168	637 700	42 500	66 646
2012	1 869	34 571	9 543	633 650	44 600	70 386
2013**	1 866	36 155	8 755	644 800	43 800	67 928
2014	1 830	35 264	8 453	639 050	44 000	68 852
2015	1 793	34 001	8 606	626 237	46 000	73 455
2016	1 724	31 974	8 355	608 399	44 600	73 307
2017	1 653	30 072	8 249	585 892	44 600	76 123
<i>Absolut</i>	<i>-1 080</i>	<i>-9 545</i>	<i>1 383</i>	<i>-147 908</i>	<i>2 600</i>	<i>18 887</i>
<i>In Prozent</i>	<i>-39,5</i>	<i>-24,1</i>	<i>20,1</i>	<i>-20,2</i>	<i>6,2</i>	<i>33,0</i>

* Anzahl der Voll- und Teilzeitbeschäftigten. ** Ab 2013 inklusive Bausparkassen.

Quellen: Deutsche Bundesbank, diverse Jahrgänge, jeweils September Monatsberichte, eigene Berechnungen.

Mit der sinkenden Zahl der Kreditinstitute ging auch ein deutlicher Personalabbau einher. Ende 2017 wurden noch 585 892 Beschäftigte im Bankenbereich gezählt. Das waren 147 908 oder 20,2 Prozent weniger als im Jahr 2000. Jeder fünfte Beschäftigte wurde demnach abgebaut. Personalabbau fand dabei in allen Bankengruppen statt. Die Personalkosten konnten dadurch fast konstant gehalten werden. Hier kam es zwischen 2000 und 2017 lediglich zu einer Erhöhung um 2,6 Milliarden Euro oder um 6,2 Prozent. Die Arbeitseinkommen je Beschäftigten (Bruttogehälter inkl. Unternehmerbeiträge zur Sozialversicherung) stiegen dagegen von 57 236 auf 76 123 Euro, um 33,0 Prozent (Tabelle 1). Nach wie vor zählt der Bankensektor zu den bestbezahlenden Wirtschaftszweigen in Deutschland. Hier zeigt sich aber auch, das in der Regel, neben den Kapitaleignern mit steigenden Gewinnen, die Nichtentlassenden mit höheren Pro-Kopf-Einkommen die Profiteure eines Personalabbaus sind, selbst wenn man hier unterstellt, dass es nach den Entlassungen zu einer höheren Arbeitsverdichtung/Produktivität für die verbliebenen Beschäftigten kommt.

3 Verluste wurden nur 2008 und 2009 geschrieben

Eine differenzierte Ertragsanalyse der deutschen Banken zeigt ein stark heterogenes Ergebnis. Im Betriebsergebnis vor Bewertung¹ kommt die Kreditwirtschaft von 2000 bis 2017 insgesamt auf einen Wert von 738,9 Milliarden Euro. Jahresdurchschnittlich waren das 41,1 Milliarden Euro. Den höchsten relativen Wert am Gesamtergebnis haben hier die Kreditbanken mit 34,2 Prozent, gefolgt von den Sparkassen mit 23,3 Prozent und den Großbanken mit 18,3 Prozent, erzielt. Die Volksbanken kamen auf einen Anteil von 15,5 Prozent. In keinem Jahr war das Betriebsergebnis vor Bewertung negativ. Auch nicht im Jahr 2008. Obwohl hier insgesamt ein kräftiger Einbruch im gesamten Bankensektor zu verzeichnen war. Von 45,1 auf 29,4 Milliarden Euro, um -34,8 Prozent. Im Jahr 2009 war aber schon im Betriebsergebnis vor Bewertung der Wert des Vorjahres 2007 wieder erreicht. Erstaunlicherweise konnten die Landesbanken sogar 2009 noch zulegen und die Sparkassen und Volksbanken ihr Ergebnis immerhin halten (Tabelle 2).

Das im Betriebsergebnis vor Bewertung enthaltene Bewertungsergebnis war dagegen mit wenigen Ausnahmen in einigen Jahren, bei einzelnen Bankengruppen, unisono negativ. Von 2000 bis 2017 lag es kumuliert bei - 269,1 Milliarden Euro. Auch hier fiel der größte Anteil mit 33,0 Prozent auf die Kreditbanken und davon 23,2 Prozent auf die Großbanken. Die Landesbanken waren mit 18,0 Prozent an dem Negativergebnis beteiligt und die Sparkassen kamen auf 16,8 Prozent, gefolgt von den Volksbanken mit 12,5 Prozent (Tabelle 3). In Relation zur Bilanzsumme fiel das Bewertungsergebnis 2017 im langfristigen Durchschnitt mit -0,04 Prozent spürbar besser aus.

„Zwischen und auch innerhalb der Bankengruppen war die Heterogenität zum Teil aber sehr groß. Insbesondere bei einzelnen Groß- und Landesbanken führte die schwierige Marktlage bei Schiffsfinanzierungen zu sehr hohen Wertberichtigungen. Im Großbankensektor drehte das Bewertungsergebnis nach einem hohen negativen Nettoertrag im Vorjahr von gut -4,0 Milliarden Euro auf ein Plus von knapp 0,7 Milliarden Euro. Im Verhältnis zur Bilanzsumme stieg es auf 0,03 Prozent und erreichte damit wieder das Niveau des langfristigen Durchschnitts in dieser Bankengruppe“ (Deutsche Bundesbank 2017a: 69).

Zieht man vom Betriebsergebnis vor Bewertung das negative Bewertungsergebnis ab, so erhält man das Betriebsergebnis. Mit Ausnahme des Krisenjahres 2008 war das gesamte Betriebsergebnis aller Banken in Deutschland immer positiv. Es kam insgesamt auf einen Wert von 469,8 Milliarden Euro. Jahresdurchschnittlich waren das 26,1 Milliarden Euro. Auch hier entfiel der größte Anteil mit 34,9 Prozent beziehungsweise 164,2 Milliarden Euro auf die Kreditbanken. Nur im Jahr 2008 wurden hier Verluste von -7,7 Milliarden Euro realisiert. Das zweitbeste Betriebsergebnis erzielten mit 126,9 Milliarden Euro beziehungsweise 27,0 Prozent die Sparkassen, gefolgt von den Volksbanken mit 80,7 Milliarden Euro oder 17,2 Prozent. In keinem Jahr war dabei das Betriebsergebnis negativ. Die Großbanken kamen im Betriebsergebnis in Summe auf einen Wert von 72,9 Milliarden Euro. 2008 mussten sie dabei ein stark negatives Betriebsergebnis in Höhe von -12,0 Milliarden Euro hinnehmen. Ansonsten war aber das Betriebsergebnis auch bei den Großbanken in jedem Jahr positiv (Tabelle 4).

¹ Das *Betriebsergebnis vor Bewertung* setzt sich aus dem Teilbetriebsergebnis (Zins- und Provisionsüberschuss abzüglich der allgemeinen Verwaltungsaufwendungen) zuzüglich dem Nettoergebnis des Handelsbestandes sowie dem Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen zusammen. Das *Nettoergebnis des Handelsbestandes* ist dabei der Saldo der Erträge und Aufwendungen, die sich durch die Geschäfte mit Wertpapieren des Handelsbestandes, Finanzinstrumenten, Devisen und Edelmetallen sowie den damit verbundenen Zu- und Abschreibungen und der Bildung von Rückstellungen für diese Geschäfte ergeben.

Tabelle 2

Betriebsergebnis vor Bewertung der deutschen Kreditinstitute

Jahr	Alle Banken-	Kredit-banken	davon: Groß-banken	Landes-banken	Spar-kassen	Kredit-genossen-schaften	Genossen-schaftliche Zentral-banken	Real-kredit-institute	Banken mit Sonder-aufgaben	Bauspar-kassen
2000	36 900	11 986	6 043	5 103	8 284	4 289	1 233	2 917	1 999	1 089
2001	33 408	9 513	4 753	5 441	8 058	3 824	788	2 800	2 020	964
2002	39 266	12 506	6 177	5 648	9 568	4 632	1 025	2 436	2 399	1 052
2003	40 107	12 129	5 400	6 094	9 806	5 638	644	2 308	2 407	1 081
2004	41 025	12 045	5 320	5 787	10 212	5 915	692	2 590	2 666	1 118
2005	51 511	23 710	15 578	4 905	9 880	5 725	834	2 679	2 751	1 027
2006	49 822	18 997	11 425	6 626	9 884	7 503	666	2 524	3 007	615
2007	45 057	19 806	11 887	4 624	8 499	5 476	122	2 809	2 725	997
2008	29 403	2 417	4 974	6 112	8 573	5 980	72	2 309	2 997	943
2009	45 078	13 828	7 676	6 831	9 596	6 201	1 368	2 481	3 785	988
2010	46 563	14 285	7 222	5 538	11 042	7 480	1 090	2 408	3 856	864
2011	46 177	17 476	9 124	4 483	11 152	7 548	745	507	3 320	946
2012	46 988	18 517	11 210	4 267	10 072	7 135	1 502	1 282	3 398	815
2013	37 767	14 110	6 876	4 077	9 491	7 604	1 036	432	343	674
2014	38 093	13 757	6 935	2 667	9 232	7 339	813	884	2 857	644
2015	37 853	13 205	5 576	3 077	9 277	7 269	771	1 094	2 660	500
2016	39 350	14 105	6 039	3 677	9 549	7 237	1	599	3 282	919
2017	34 539	10 513	3 239	2 545	9 789	7 499	*	380	2 850	963
∑	738 907	252 905	135 454	87 502	171 964	114 294	13 402	33 439	49 322	16 199
JD	41 050	14 050	7 525	4 861	9 554	6 350	745	1 858	2 740	900
Anteile	100	34,2	18,3	11,8	23,3	15,5	1,8	4,5	6,7	2,2

JD = Jahresdurchschnitt. *ohne Institute in Liquidation sowie ohne Institute mit Rumpfgeschäftsjahr.

** Eigenkapitalrentabilität = Jahresüberschuss/Fehlbetrag vor Steuern / Eigenkapital x 100.

Quellen: Deutsche Bundesbank, Diverse Monatsberichte, eigene Berechnungen.

Zum Betriebsergebnis muss man noch in der Ertragsberechnung den Saldo außerordentlicher Erträge und Aufwendungen addieren, um zum Jahresüberschuss beziehungsweise -fehlbetrag vor Steuern zu kommen. In Summe erwirtschafteten demnach die deutschen Banken von 2000 bis 2017 einen Jahresüberschuss vor Ertragssteuern in Höhe von 325,9 Milliarden Euro. Jahresdurchschnittlich waren dies 18,1 Milliarden Euro. Lediglich in den Jahren 2008 und 2009 musste der gesamte Bankensektor Verluste in Höhe von insgesamt 27,4 Milliarden Euro hinnehmen. Im Jahr 2010 konnten aber bereits wieder beträchtliche Gewinne von 18,4 Milliarden Euro und 2011 sogar von 31,9 Milliarden Euro eingefahren werden. Von den 325,9 Milliarden Euro Gewinn entfiel der mit Abstand größte Anteil von 120,4 Milliarden Euro, oder 36,9 Prozent, auf die öffentlichen Sparkassen. Selbst in den Krisenjahren 2008 und 2009 kamen die Sparkassen auf einen kumulierten Gewinn von fast 6,9 Milliarden Euro (Tabelle 5).

Tabelle 3

Bewertungsergebnis deutscher Kreditinstitute

Jahr	Alle Banken-	Kredit-banken	davon: Groß-banken	Landes-banken	Spar-kassen	Kredit-genossen-schaften	Genossen-schaftliche Zentral-banken	Real-kredit-institute	Banken mit Sonder-aufgaben	Bauspar-kassen
2000	-15 944	-4 012	-2 352	-1 756	-4 229	-2 445	-1 108	-1 681	-655	-58
2001	-19 742	-6 167	-3 900	-3 181	-4 980	-2 671	-772	-1 121	-725	-125
2002	-31 536	-9 034	-6 119	-7 746	-6 927	-3 687	-905	-1 843	-1 075	-319
2003	-21 976	-7 345	-4 751	-3 754	-5 247	-3 095	-514	-1 110	-686	-225
2004	-17 529	-5 301	-2 947	-799	-5 883	-3 042	-321	-1 625	-310	-248
2005	-14 255	-3 906	-1 713	-782	-4 947	-2 999	-180	-1 128	-65	-248
2006	-14 319	-4 092	-2 073	1 373	-5 246	-4 249	-111	-1 067	-608	-319
2007	-24 013	-4 879	-2 806	-2 163	-4 376	-2 715	-455	-1 244	-7 772	-410
2008	-37 067	-10 161	-16 989	-8 547	-4 900	-3 615	-694	-3 977	-1 277	-456
2009	-27 046	-8 442	-5 326	-6 096	-4 484	-2 258	27	-3 481	-2 196	-116
2010	-15 396	-4 434	-1 714	-2 270	-3 493	-2 316	7	-2 423	-460	-7
2011	3 103	-4 311	-1 887	-684	7 468	-317	1 124	-1 641	709	755
2012	-4 334	-3 962	-3 034	-118	660	263	-137	-645	-412	17
2013	-6 542	-2 036	-958	-3 321	130	322	-329	-405	-770	-88
2014	-6 583	-3 797	-2 717	-1 580	1	-198	13	-278	-1 028	184
2015	-3 497	-1 183	85	-1 114	92	-453	123	-327	-563	-72
2016	-8 754	-5 130	-4 021	-3 725	1 062	103	0	-113	-973	22
2017	-3 694	-556	666	-2 257	221	-183	*	32	-890	-61
∑	-269 124	-88 748	-62 556	-48 520	-45 078	-33 555	-4 232	-24 077	-19 756	-1 774
JD	-14 951	-4 930	-3 475	-2 696	-2 504	-1 864	-235	-1 338	-1 098	-99
Anteile	100	33,0	23,2	18,0	16,7	12,5	1,6	8,9	7,3	0,7

JD = Jahresdurchschnitt. * Seit 2017 werden die Genossenschaftlichen Zentralbanken nicht mehr explizit ausgewiesen. Sie werden jetzt unter Banken mit Sonderausgaben aufgeführt.

Quellen: Deutsche Bundesbank, Diverse Monatsberichte, eigene Berechnungen.

Eine differenzierte Analyse des gesamten Bankensektors nach Bankengruppen zeigt weiter, dass die genossenschaftlichen Volksbanken, nach den Sparkassen, den zweitgrößten Gewinn verbuchen konnten. Dieser kam von 2000 bis 2017 auf fast 84,0 Milliarden Euro und entsprach einem Anteil von 25,8 Prozent am gesamten Branchengewinn vor Ertragsteuern. Auch die Volksbanken haben in keinem Jahr einen Verlust realisiert. Somit kommen Sparkassen und Volksbanken zusammen auf einen Gewinnanteil vor Steuern am gesamten Bankengewinn von 62,7 Prozent (Tabelle 5). Das einmalige deutsche „Drei-Säulen-Modell“ aus Privatbanken, öffentlich-rechtlichen Banken und Genossenschaftsbanken,² das Neoliberale aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft noch vor der großen Krise 2007 in ihrem Privatisierungs- und Wettbewerbswahn zerschlagen wollten, erwies sich offensichtlich in der Finanzmarktkrise als ein großer Segen. Dies musste selbst Ex-Bundesbank-Chef Axel Weber zugeben (zitiert bei Hickel 2013: 92).

2 Öffentlich-rechtliche Banken und Genossenschaftsbanken haben in Deutschland einen Marktanteil von 41 Prozent.

Tabelle 4

Betriebsergebnis der deutschen Kreditinstitute

Jahr	Alle Banken-	Kredit-banken	davon: Groß-banken	Landes-banken	Spar-kassen	Kredit-genossen-schaften	Genossen-schaftliche Zentral-banken	Real-kredit-institute	Banken mit Sonder-aufgaben	Bauspar-kassen
2000	20 956	7 974	3 691	3 347	4 055	1 844	125	1 236	1 344	1 031
2001	13 666	3 346	853	2 260	3 078	1 153	16	1 679	1 295	839
2002	7 730	3 472	58	-2 098	2 641	945	120	593	1 324	733
2003	18 131	4 784	649	2 340	4 559	2 543	130	1 198	1 721	856
2004	23 496	6 744	2 373	4 988	4 329	2 873	371	965	2 356	870
2005	37 256	19 804	13 865	4 123	4 933	2 726	654	1 551	2 686	779
2006	35 503	14 905	9 352	7 999	4 638	3 254	555	1 457	2 399	296
2007	21 044	14 927	9 081	2 461	4 123	2 761	-333	1 565	-5 047	587
2008	-7 664	-7 744	-12 015	-2 435	3 673	2 365	-622	-1 668	1 720	487
2009	18 032	5 386	2 350	735	5 112	3 943	1 395	-1 000	1 589	872
2010	31 167	9 851	5 508	3 268	7 549	5 164	1 097	-15	3 396	857
2011	49 280	13 165	7 237	3 799	18 620	7 231	1 869	-1 134	4 029	1 701
2012	42 654	14 555	8 176	4 149	10 732	7 398	1 365	637	2 986	832
2013	31 225	12 074	5 918	756	9 621	7 926	707	27	-427	586
2014	31 510	9 960	4 218	1 087	9 233	7 141	826	606	1 829	828
2015	34 356	12 022	5 661	1 963	9 369	6 816	894	767	2 097	428
2016	30 596	8 975	2 018	-48	10 611	7 340	1	486	2 309	941
2017	30 845	9 957	3 905	288	10 010	7 316	*	412	1 960	902
Σ	469 783	164 157	72 898	38 982	126 886	80 739	9 170	9 362	29 566	14 425
JD	26 099	9 120	4 050	2 166	7 049	4 486	509	520	1 643	801
Anteile	100	34,9	15,5	8,3	27,0	17,2	2,0	2,0	6,3	3,1

JD = Jahresdurchschnitt.

* Seit 2017 werden die Genossenschaftlichen Zentralbanken nicht mehr explizit ausgewiesen. Sie werden jetzt unter Banken mit Sonderaufgaben aufgeführt.

Quellen: Deutsche Bundesbank, diverse Geschäftsberichte, eigene Berechnungen.

Tabelle 5

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ertragsteuern der deutschen Banken

Jahr	Alle Banken-	Kredit-banken	davon: Groß-banken	Landes-banken	Spar-kassen	Kredit-genossen-schaften	Genossen-schaftliche Zentral-banken	Real-kredit-institute	Banken mit Sonder-aufgaben	Bauspar-kassen
2000	21 055	6 411	3 181	2 843	5 032	2 094	835	744	1 335	1 731
2001	14 762	4 251	2 951	1 837	3 649	1 888	302	1 184	941	710
2002	11 655	909	-1 931	1 302	3 427	2 517	309	1 285	1 171	735
2003	2 360	-5 688	-7 315	-2 233	4 756	2 923	49	830	1 186	537
2004	10 947	-342	-2 067	472	4 400	2 977	220	566	2 079	575
2005	33 847	17 948	14 867	3 030	4 927	4 156	406	160	2 615	605
2006	27 879	10 144	7 520	6 014	4 421	3 614	382	568	2 454	282
2007	20 953	18 726	15 290	788	3 759	2 880	-375	375	-5 622	422
2008	-24 586	-16 420	-17 833	-6 051	2 161	2 039	-416	-2 913	-3 414	428
2009	-2 815	-6 474	-6 691	-5 913	4 710	3 404	696	-1 419	1 509	672
2010	18 446	3 339	2 039	-929	6 586	4 789	614	-86	3 472	661
2011	31 928	2 173	-94	72	16 760	6 981	1 210	-307	3 575	1 428
2012	30 802	8 125	5 138	2 296	9 460	7 411	607	97	2 163	643
2013	21 954	6 305	3 551	-479	8 601	7 650	535	117	-1 216	439
2014	25 000	6 593	3 659	-368	8 640	6 988	599	-166	1 951	762
2015	26 565	5 132	2 708	1 805	8 977	6 682	264	747	2 482	426
2016	27 784	6 727	3 145	-547	10 225	7 701	ka	525	2 263	890
2017	27 438	6 410	2 779	944	9 859	7 283	*	487	1 464	991
∑	325 974	74 269	30 897	4 883	120 350	83 977	6 237	2 794	16 681	12 937
JD	18 110	4 126	1 717	271	6 686	4 665	347	155	927	719
Anteile	100	22,8	9,5	1,5	36,9	25,8	1,9	0,9	5,1	4,0

JD = Jahresdurchschnitt

* Seit 2017 werden die Genossenschaftlichen Zentralbanken nicht mehr explizit ausgewiesen. Sie werden jetzt unter Banken mit Sonderausgaben aufgeführt.

Quellen: Deutsche Bundesbank, Diverse Monatsberichte, eigene Berechnungen.

4 Entwicklung bei der größten deutschen Bank

Im Vergleich zu den Sparkassen und Volksbanken fiel dagegen die Bilanz des größten deutschen Kreditinstituts, der Deutschen Bank, in Summe sehr ambivalent aus. Da sind zunächst einmal die vielen negativen Meldungen. Fakt ist, dass die Bank bis heute mit einer Prozesslawine von Anlegern und ganzen Staaten überrollt wird (Rügemer 2011, Troost 2016). Auf 18 Milliarden Euro belaufen sich hier mittlerweile die Straf- und Vergleichszahlungen (Luttmer 2018: 12). Und auch die Marktkapitalisierung der Deutschen Bank hat durch die Finanzmarktkrise heftig gelitten. Lag der Marktwert der Bank 2006, also vor der Krise, noch bei 53,2 Milliarden Euro, so liegt er heute noch bei 24,8 Milliarden Euro (Luttmer 2018: 12). Er ist also nicht einmal mehr halb so groß. Aber: Wenn auch im Krisenjahr 2008 ein großer Verlust in Höhe von gut 5,7 Milliarden

Euro ausgewiesen werden musste und ebenso in den Jahren 2015 und 2016 insgesamt Verluste von 6,9 Milliarden Euro verbucht wurden, so betrug dennoch der Gewinn vor Steuern in einer langfristigen Betrachtung von 2000 bis 2017 satte 56,0 Milliarden Euro. Jahresdurchschnittlich waren das 3,1 Milliarden Euro Gewinn (Tabelle 6).

Bezogen auf den Bankensektor konnte die Deutsche Bank von 2000 bis 2017 fast 17,2 Prozent des gesamten Branchengewinns vor Ertragsteuern vereinnahmen. Von einem schlechten Ergebnis lässt sich hier demnach wohl kaum reden. Und nur bezogen auf die Großbanken, die insgesamt auf einen Jahresüberschuss vor Steuern in Höhe von 30,9 Milliarden Euro kamen, bedeutet dies, dass die Deutsche Bank mit einem kumulierten Jahresüberschuss von 56,1 Milliarden Euro (von 2000 bis 2017) hier nicht nur das gesamte Ergebnis erhalten hat, sondern das die anderen Großbanken, wie unter anderem die Commerzbank, zusammen auf einen Verlust von 25,2 Milliarden Euro gekommen sind.

Die Eigenkapitalverzinsung der Deutschen Bank lag im Zeitraum von 2000 bis 2017 im Durchschnitt bei 8,7 Prozent (Tabelle 6). Das entspricht zwar nicht einer Rendite von 25 Prozent, die der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Joseph Ackermann, einmal gefordert, jedoch mit Abstand nie erreicht hat. Aber durchschnittlich 8,7 Prozent Verzinsung des Eigenkapitals sind für eine Bank ein durchaus komfortables Ergebnis. Schließlich müssen die Renditen des Bankensektors aus der realproduzierenden Wirtschaft abgezweigt werden. Werte selbst schafft bekanntlich der Bankensektor nicht.

Trotz dieser im langfristigen Trend positiven Entwicklung kam es bei der Deutschen Bank aber wegen ihres hochspekulativen Investmentbankings zu einer Krise. 2007 wurden im Investmentbanking noch zwei Drittel der gesamten Erträge erzielt. Heute nicht einmal mehr 40 Prozent (Luttmer 2018: 12). Im April 2018 wurde deshalb schon wieder, so muss man wohl sagen, ein neuer Vorstandsvorsitzender, Christian Sewing, bestellt. Den hält jetzt der im Aufsichtsrat sitzende 1. Vorsitzende der Gewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, für hervorragend geeignet um die Krise bei der Bank zu beenden. Dies gelang dem erst 2015 bestellten Vorstandsvorsitzenden, John Cryan, offensichtlich nicht. Er musste gehen. Natürlich mit hoher Abfindung. Die wirtschaftlichen Ergebnisse der Bank stimmten einfach nicht. Die Verluste waren in den letzten Jahren zu hoch und der interne Umbauprozess der Bank lief zu schleppend. Trotzdem belohnte die Deutsche Bank ihre Führungskräfte aber weiter mit Bonuszahlungen für die roten Zahlen, die sie produzierten. So erhielten allein die Investmentbanker seit 2010 etwa 22 Milliarden Euro an Bonuzahlungen – trotz im Investmentbanking stark rückläufiger Ergebnisse (Luttmer 2018: 12). Diese extrem hohen Zahlungen erklären übrigens auch die weit überproportional hohen durchschnittlichen Pro-Kopf-Arbeitseinkommen bei der Deutschen Bank. 2017 lagen sie bei fast 126 000 Euro. Dass Investmentbanker Einkommensmillionäre sind, ist hinlänglich bekannt. Dass es aber selbst heute noch knapp 4 600 Investmentbanker in der Europäischen Union gibt, die mehr als eine Million Euro im Jahr „verdienen“, erstaunt dann doch. Über drei Viertel der Einkommensmillionäre arbeiten in Großbritannien (Frankfurter Rundschau 2018: 15), dem noch größten Finanzplatz in der EU. Dies könnte sich allerdings demnächst, nach dem Brexit, drastisch ändern.

So will denn jetzt auch der neue Vorstandsvorsitzende, Sewing, ein sogenanntes „Eigengewächs“ der Deutschen Bank, das Investmentbanking kräftig schrumpfen lassen. Nur noch in Europa sollen diesbezüglich Kunden bedient werden. Sewing setzt zukünftig auf das Privat- und Firmenkundensegment und das Geschäft mit vermögenden Kunden. Außerdem sollen die Führungsstrukturen „verschlant“ und Beratungsleistungen überprüft werden. Und natürlich will er

Tabelle 6

Ergebnisentwicklung Deutsche Bank

In Millionen Euro

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Ergebnis vor Steuern	16 156	701	769	2 756	4 029	6 112	8 339	8 749	-5 741
Eigenkapitalrendite vor Steuern in Prozent	36,9	1,7	2,6	9,5	14,8	21,7	28,0	24,3	-16,5
Gezahlte Dividende je Aktie in Euro	1,15	1,30	1,30	1,30	1,50	1,70	2,50	4,00	4,50
Beschäftigte in Vollzeitkräften umgerechnet	89 784	86 524	77 442	67 682	65 417	63 427	68 849	78 291	80 456
davon in Deutschland									
Personalaufwand	13 526	13 360	11 358	10 495	10 222	10 993	12 498	13 122	9 606
Personalaufwand je Beschäftigten	150 650	154 408	146 665	155 063	156 259	173 317	181 528	167 605	119 394

...	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2000-2017
Ergebnis vor Steuern	5 202	3 975	5 390	784	1 457	3 116	-6 097	-810	1 228	56 115
Eigenkapitalrendite vor Steuern in Prozent	15,3	9,5	10,2	1,3	2,7	4,6	-9,7	-1,4	1,9	
Gezahlte Dividende je Aktie in Euro	0,50	0,75	0,75	0,75	0,75	0,75	0,75	0,00	0,19	
Beschäftigte in Vollzeitkräften umgerechnet	77 053	102 062	100 996	98 219	98 254	98 138	101 104	99 744	97 535	
davon in Deutschland							45 757	44 600	42 526	
Personalaufwand	11 310	12 671	13 135	13 526	12 329	12 512	13 293	11 874	12 253	
Personalaufwand je Beschäftigten	146 782	124 150	130 055	137 713	125 481	127 494	131 478	119 045	125 627	

Quellen: Deutsche Bundesbank, diverse Geschäftsberichte, eigene Berechnungen.

allgemein Kosten einsparen. Die „Wunderwaffe“ einzelwirtschaftlichen Handels. Dies wird auch zu einem drastischen Personalabbau führen. Mal sehen, was der Gewerkschaftsführer Bsirske dazu demnächst sagen wird.

5 **Trotz niedriger Eigenkapitalquoten – keine hohen Eigenkapitalrentabilitäten**

Banken arbeiten, wie andere Unternehmen auch, nicht nur mit Eigenkapital, sondern ebenso mit Fremdkapital, insbesondere mit den hohen Einlagen ihrer Kunden. Die Eigenkapitalquote ist hier bei Banken deshalb traditionell sehr gering. 2007, vor der Krise, lag das bilanzielle Eigenkapital

Tabelle 7

Eigenkapitalrentabilitäten* einzelner Bankengruppen in Deutschland

In Prozent

Bankengruppe**	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Alle Bankengruppen	9,8	6,3	4,5	0,9	4,3	12,9	9,2	6,6	-7,4	-0,8	5,3	8,6	7,8	5,3	5,7	5,8	6,0	5,6
Kreditbanken	8,2	4,7	1,0	-6,2	-0,4	21,8	11,2	19,1	-15,5	-5,8	3,0	1,8	6,6	5,0	4,8	3,5	4,5	3,9
Darunter: Großbanken und Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	6,3	5,0	-3,1	-12,9	-4,0	31,7	14,0	26,0	-25,3	-9,1	2,9	-0,1	6,7	4,6	4,3	3,0	3,5	2,9
Landesbanken	11,6	4,1	9,0	4,5	5,7	8,6	7,0	8,5	3,8	0,1	2,8	4,8	6,1	5,3	5,2	4,2	6,3	5,3
Sparkassen	8,1	4,8	2,8	-4,3	1,1	6,4	11,4	1,5	-11,1	-8,2	-1,5	0,1	3,9	-0,8	-0,6	3,3	-1,0	1,9
Kreditgenossenschaften (Volksbanken)	13,4	9,2	8,2	10,9	9,7	10,5	9,0	7,2	4,0	8,5	11,4	27,4	13,0	10,6	10,0	9,7	10,4	9,4
Genossenschaftliche Zentral- banken	8,6	7,5	9,7	10,6	10,3	13,8	10,9	8,1	5,5	9,0	12,1	16,4	15,7	14,8	12,2	10,7	11,5	10,1
Realkreditinstitute	13,0	4,4	4,6	0,7	2,9	5,3	4,5	-4,0	-4,4	7,2	5,8	10,3	4,9	4,1	4,2	1,7	ka	ka
Bausparkassen	5,9	8,9	9,1	5,3	3,3	0,9	2,8	1,9	-15,5	-8,3	-0,5	-1,7	0,6	0,7	-1,0	4,9	5,5	5,5
Zum Vergleich:	25,7	10,3	10,4	7,7	8,1	8,4	3,9	6,0	6,0	9,4	9,0	17,9	7,7	5,0	8,4	4,5	8,9	9,2
<i>Eigenkapitalrentabilität aller Unternehmen in Deutschland</i>	26,3	25,9	22,4	21,2	22,9	26,9	28,8	32,5	26,4	18,7	23,6	23,8	23,5	20,9	20,2	18,1	21,7	20,6

JD = Jahresdurchschnitt. * Eigenkapitalrentabilität = Jahresüberschuss/Fehlbetrag vor Steuern/Eigenkapital x 100.

** Ohne Institute in Liquidation sowie ohne Institute mit Rumpfgeschäftsjahr.

Quellen: Deutsche Bundesbank, diverse Monatsberichte, eigene Berechnungen.

(einschließlich Fonds für allgemeine Bankrisiken, jedoch ohne Genussrechtskapital³) bei 312,0 Milliarden Euro oder 3,8 Prozent bezogen auf den Gesamtkapitaleinsatz (Bilanzsumme). Von 2008 bis 2017 konnte das Eigenkapital um 177,0 Milliarden Euro (56,7 Prozent) auf 489,0 Milliarden Euro gesteigert werden. Trotzdem war die Eigenkapitalquote weiter gering und lag 2017 bei nur knapp sechs Prozent (Deutsche Bundesbank 2018: 53). Das heißt im Umkehrschluss, circa 94 Prozent des Gesamtkapitaleinsatzes im deutschen Bankensystem sind fremdfinanziert. Bezogen auf alle Unternehmen in Deutschland lag dagegen 2017 die Fremdfinanzierungsquote bei „nur“ 70 Prozent (Institut der deutschen Wirtschaft 2017: 53).

Die niedrige Eigenkapitalquote eröffnet den Banken aber potenziell die Möglichkeit, hohe Eigenkapitalrenditen zu erzielen. Dies ist aber – von Ausnahmen abgesehen – nicht der Fall. Die Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals aller deutschen Banken liegt im Durchschnitt weit unter den Renditen des gesamten Unternehmenssektors in Deutschland. Schwanken die Eigenkapitalrenditen im Bankendurchschnitt zwischen 12,9 Prozent (2005) und –7,4 Prozent (2008), so liegen die Renditen auf das eingesetzte Eigenkapital aller Unternehmen in Deutschland im Durchschnitt zwischen 32,5 (2007) und 18,1 Prozent (2015). Dies erstaunt nicht, wie bereits erwähnt. Gewinne der Finanzsphäre können sich nun einmal immer nur aus der produzierenden Wirtschaft speisen und fallen deshalb regelmäßig geringer aus (Tabelle 7).

Außerdem sind die Eigenkapitalrentabilitäten in den einzelnen Bankengruppen stark unterschiedlich hoch. Die größten Renditen erzielten kurzfristig von 2005 bis 2007 (vor der Finanzmarktkrise) die Großbanken mit bis zu 31,7 Prozent. Hier konnten die Banken aufgrund ihrer hochriskanten Spekulationsgeschäfte im Investmentbanking die Renditen der produzierenden Wirtschaft erreichen. Im Jahr 2008 erfolgte dann bei den Großbanken der Absturz auf eine negative Eigenkapitalrentabilität in Höhe von –25,3 Prozent. Heute muss man sich mit Renditen von unter fünf Prozent begnügen. Wesentlich besser schneiden hier fast durchgängig die Sparkassen und Volksbanken ab. Sie überstanden nicht nur die Krise bestens, sondern hier liegen die Eigenkapitalrenditen auch fast immer im zweistelligen Bereich. Im Jahr 2011 wurden sogar Spitzenwerte von 27,4 Prozent (Sparkassen) und 16,4 Prozent (Volksbanken) erzielt (Tabelle 7). Hier zeigt sich: Banken, wie die Sparkassen und Volksbanken, die nicht hochspekulativ (weltweit) zocken und weitgehend regionalökonomisch eingebunden sind sowie über eine das Risiko einschätzbare (bekannte) Kundschaft verfügen (private Haushalte und überwiegend mittelständische Firmen), können auch ohne Probleme eine insgesamt gefährliche internationale Finanz- und Bankenkrise überstehen und trotz Krise mehr als auskömmliche gute Renditen realisieren.

6 Probleme bestehen weiter – Kontrollen noch nicht hinreichend

Vereinfacht betrachtet sammeln Banken das überschüssige Geld von Menschen ein, die zu viel davon haben, um es dann denen zu geben, die einen Kredit benötigen. Dabei fallen natürlich Kreditrisiken ins Gewicht. Und der Preis fürs Geld, der Zinssatz, ist für Banken überlebenswichtig. Hier hat die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise für ein niedriges Zinsniveau gesorgt, das den Banken jetzt nicht unerhebliche Ertragsprobleme bereitet. Dies gilt auch für die Versiche-

3 Genussrechtskapital besteht aus Inhaber, Namens- oder Orderpapieren, das in verschiedenen Formen Rechte verbrieft, zum Beispiel einen bestimmten Anteil am Gewinn eines Unternehmens oder auch am Liquidationserlös.

runnungswirtschaft als Kapitalsammelstelle. Als Folge der Niedrigzinspolitik wird hier der Abstand zwischen dem Garantieverprechen der Versicherungen gegenüber den Lebensversicherungskunden einerseits und den Erträgen der Versicherer aus ihren milliardenschweren Kapitalanlagen andererseits immer größer. Die Versicherungsgesellschaften legen dabei das Geld ihrer Kunden am Finanzmarkt über den Bankensektor an. Im Jahr 2014 waren das nach Angaben des Branchenverbandes (GDV) 1,45 Billionen Euro. Mehr als 800 Milliarden Euro (rund 57 Prozent) kamen davon aus dem Lebensversicherungsbereich (Mathes 2015: 12).

Hinzu kommt womöglich bei einer Niedrigzinspolitik eine Risikofehleinschätzung hinsichtlich der Kredittragfähigkeit von Schuldern. *„Bei niedrigeren Zinsen erscheinen höhere Schuldenniveaus zumindest vorübergehend tragfähig. Damit steigt der Anreiz, sich stärker zu verschulden oder den Abbau der Verschuldung aufzuschieben. [...] Die derzeit günstige konjunkturelle Situation und die geringe Volatilität an den Finanzmärkten sollten daher nicht darüber hinwegtäuschen, dass Risiken für die Stabilität des deutschen Finanzsystems bestehen und sich weiter aufbauen können. Risiken für die Finanzstabilität könnten sich dabei sowohl bei einem abrupten Zinsanstieg als auch bei einem anhaltend niedrigen Zinsniveau ergeben“* (Deutsche Bundesbank 2017: 7).

Stabilisierend wirkt dagegen im Bankensektor, bei reichlich vorhandener Liquidität im Eurosystem, eine Reduktion des Geldaustauschs durch gegenseitige Forderungen im Interbankenmarkt. Dadurch sind die direkten Ansteckungsgefahren der Banken untereinander rückläufig. Außerdem haben die deutschen Banken ihr Auslandsgeschäft seit der Finanzmarktkrise deutlich verringert und Risiken aus den Bankbilanzen wurden zu den Versicherern verlagert, indem diese ihre Forderungen gegenüber Banken reduziert und dafür ihr Kapital verstärkt in Investmentfonds angelegt haben. Dies hat wiederum insgesamt zu einer gestiegenen Bedeutung von Investmentfonds im deutschen Finanzsystem beigetragen (Deutsche Bundesbank 2017: 8). *„Und die Banken selbst sind durch strengere Kontrollen bei der Kreditvergabe vorsichtiger geworden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Wohnimmobilienmarkt für die Stabilität des deutschen Finanzsystems eine große Bedeutung hat. Wohnungsbaukredite machen rund 72 Prozent der Verschuldung des privaten Haushaltssektors aus“* (Deutsche Bundesbank 2017: 57). Diesbezüglich ist das Finanzaufsichtsergänzungsgesetz vom 10. Juni 2017 zu nennen, das bei der Immobilienkreditvergabe Restriktionen im Hinblick auf die Darlehensvolumen-Immobilienwert-Relation und an die Amortisationsanforderung stellt.

Dennoch sind die Regulierungen allgemein an den Finanzmärkten und im Besonderen bei den Banken noch nicht hinreichend. Die Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik“ stellt diesbezüglich fest: *„So blieb der Versuch, die vor der Krise deregulierten Finanzmärkte wieder zu bändigen, deutlich hinter den ersten Ankündigungen der Politik zurück. Nach wie vor gibt es kein Trennbankensystem und keine Transaktionssteuer, dafür aber Kreditverbriefungen, riesige Derivatmärkte, einen Hochfrequenzhandel mit Aktien und aberwitzige Bonuszahlungen für Finanzmanagerinnen und -manager. Außerdem ist der Schattenbankensektor kräftig gewachsen, und die Steueroasen sind immer noch nicht ausgetrocknet worden. Auch die eingeführte ‚Bankenabwicklung‘ muss als halbherzig klassifiziert werden. Das wichtigste Instrument ist hier das sogenannte ‚Bail-in‘, eine Verlustbeteiligung von Bankeigentümerinnen und -eigentümern sowie Gläubigerinnen und Gläubigern durch Entwertung (Abschreibung) ihres eingebrachten Kapitals. Doch sobald eine sehr große Bank in die wirtschaftliche Schieflage kommt und andere Banken mit gefährdet, drohen trotz ‚Bail-in‘ weiter Dominoeffekte. Die Erfahrung hat hier gezeigt, dass in solchen Fällen stets die Neigung besteht, die Regeln zur Gläubigerbeteiligung politisch zur Seite zu schieben. Deshalb soll auch zukünftig mit staatlichen Geldern eingesprungen werden können. So sieht die Abwicklungsrichtlinie bei einer schweren Bankenkrise weiter eigens eine Ausnahmeregel in*

Form einer staatlichen Finanzsektorhilfe vor. Die Kosten von Bankenrettungen werden durch die neuen Instrumente zwar gesenkt, die Banken sind aber nach wie vor zu groß, zu komplex und zu vernetzt, um sie systemschonend abwickeln zu können“ (2018: 4). Und auch die Ende 2017 nach mehr als sieben Jahren Verhandlungsmarathon (hier war Deutschland ein großer Blockierer) verabschiedete Basel-III-Regelung fällt nur halbherzig aus. Hier dürfen jetzt nach viel Lobbyarbeit der Banken die Eigenkapitalhinterlegungen für ausgereichte Kredite durch bankeninterne Bewertungsmethoden kleingerechnet werden. Außerdem wurden großzügige Übergangsfristen eingeräumt. Erst 2027, also 20 Jahre nach der Finanzmarktkrise, muss Basel III vollständig umgesetzt sein.

7 Schattenbanken wachsen

Besonders sei hier noch auf das schwerwiegende und ungelöste Problem der Schattenbanken als Finanzintermediäre hingewiesen, die im Regelfall zweckgebundenes Geld (das Volumen beläuft sich mittlerweile auf 36 Billionen US-Dollar) für Großinvestoren und klar definierte Profitziele einsetzen, die aber ohne Einlagensicherung voll bei Verlusten haften und auch keinen Zugang zu Zentralbankgeld haben. Der US-Vermögensverwalter Blackrock (der „schwarze Fels“) gilt hier mit einem verwalteten Vermögen von 4,9 Billionen US-Dollar (2016) als die größte Schattenbank der Welt (Rügemer 2016). Den mit Abstand größten Schattenbanksektor insgesamt gibt es dabei mit 14,2 Billionen US-Dollar in den USA, gefolgt von England mit 4,1 Billionen US-Dollar und dem kleinen Irland mit 2,9 Billionen US-Dollar; gleichauf mit China. Auf dem fünften Platz folgt Deutschland, zusammen mit Japan, mit einem Volumen von 2,5 Billionen US-Dollar. Frankreich kommt auf 1,4 Billionen US-Dollar (Luttmer 2015: 2 f.).

Auch die zu den Schattenbanken zu zählenden Private-Equity-Gesellschaften, 2005 vom damaligen SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering als „Heuschrecken“ bezeichnet, sind zurück. *„Die Investoren sammeln mit hohen Renditeversprechen das Geld privater Anleger ein, bilden geschlossene Fonds, kaufen damit Unternehmensanteile auf und übernehmen so die Kontrolle über die Firmen. Die Folgen sind in der Regel rigorose Kostensenkungen, oftmals verknüpft mit Entlassungen. So sollen einerseits die jährlichen Erträge gesteigert werden. Und andererseits soll nach einer überschaubaren Zeitspanne das Unternehmen zu einem höheren Preis wieder verkauft werden können. Denn von Dauer sind die Engagements nicht“* (Sauer 2018: 16). Allein 2016 haben Private-Equity-Gesellschaften für insgesamt knapp 23 Milliarden Euro Unternehmen mit 107 000 Beschäftigten aufgekauft. Das ist das höchste Aufkaufvolumen seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2007 (Scheuplein 2018).

Schattenbanken haben einen *„großen Einfluss auf die Märkte und können ein Finanzsystem ins Wanken bringen. Sie sind eng – laut Financial Stability Board (FSB) aber immerhin tendenziell abnehmend – mit den Banken vernetzt; im Krisenfall kann es außerdem zu Panikreaktionen der Anleger kommen. Wenn sie alle ihr Geld wiederhaben wollen, müssen Schattenbanken massenhaft ihre Anlagen verkaufen – was die Märkte extrem bewegen kann“* (Luttmer 2015: 2). Da der Schattenbankensektor nichts anderes ist als eine Einladung zur Regulierungsvermeidung, ist er den gleichen Regulierungsbedingungen zu unterwerfen wie der normale Bankensektor. Für Rudolf Hickel gilt ansonsten: *„Die nächste Finanzmarktkrise wird durch einen Zusammenbruch der Schattenbanken ausgelöst“* (zitiert bei Luttmer 2015: 2).

8 Originäre Krisenursache wird verdrängt

Aber selbst unterstellt, es würde politisch eine wirklich vollständige Regulierung der Finanzmärkte und des Bankensektors gelingen, käme es immer noch nur zu einer ökonomischen Behandlung der Krisensymptome. Nur wenn man hier nach der originären Ursache der Krise forscht und kausal denkt (Bontrup 2017: 10), kann man zukünftige schwerwiegende Krisen verhindern. Der 2009 verstorbene Ökonom Jörg Huffs Schmid schrieb am Vorabend der Mitte 2007 einsetzenden Krise: „Wir haben es hier mit sich gegenseitig verstärkenden Tendenzen zu tun, die in einen Teufelskreis aus Umverteilung, Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit münden. Die steigenden Gewinne, die nicht produktiv reinvestiert werden, fließen auf die Finanzmärkte. Dort können sie zu spekulativen Blasen führen, deren Platzen dann wiederum negativ auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum wirkt und den Teufelskreis verstärkt“ (Huffs Schmid 2007: 20 f.). Das heißt mit anderen Worten, die durch eine in der produzierenden Wirtschaft durch Umverteilung von unten nach oben herbeigeführte Krise schlägt letztlich über den Finanzsektor beziehungsweise eine Finanzmarktkrise auf die produzierende Wirtschaft negativ zurück.

Nach dem Zweiten Weltkrieg zeichneten sich die entwickelten Industrieländer zunächst durch eine Umverteilung von den Kapital- zu den Arbeitseinkommen aus. Überall stiegen die Lohnquoten, das Wirtschaftswachstum nahm stark zu und damit auch die Beschäftigung. Bis Anfang der 1970er Jahre kam es so letztlich überall zu einer Vollbeschäftigung. Mit der dann aber ab Mitte der 1970er Jahre zurückkehrenden Arbeitslosigkeit infolge der Wirtschaftskrise von 1974/75 gingen auch die Lohnquoten wieder zurück, und es kam zu einem Anstieg der Profitquoten. Nominale Lohnsteigerungen unterhalb der Produktivitäts- und Inflationsrate führten zu binnenwirtschaftlichen Nachfrageausfällen, die nicht mehr keynesianisch hinreichend durch staatliche Konsumausgaben oder Investitionen kompensiert wurden. Im Gegenteil: Auch der durch neoliberales Denken pervertierte Staat sparte. Ein ausgeglichener Haushalt, eine „schwarze Null“, wurde wieder zum wirtschaftspolitischen Oberziel erklärt. Als hätte es nie einen Keynesianismus gegeben.

Die hohe absolute Umverteilung wird jedoch als entscheidende Krisenursache verdrängt und nicht annähernd bekämpft. Allein in Deutschland wurden nach der Wiedervereinigung fast 1,8 Billionen Euro von den Arbeits- zu den Kapitaleinkommen umverteilt (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2018). Das seit Anfang der 1990er Jahre in den Unternehmen umgesetzte neoliberale Shareholder-Value-Prinzip (Rappaport 1986, 1999) hat den Renditeanspruch der Kapitaleigner ständig verschärft. Die einzig neuwertschaffende Arbeit der abhängig Beschäftigten und ihre Arbeitseinkommen wurden unter den Bedingungen von gleichzeitig auftretender Wachstumsschwäche und Massenarbeitslosigkeit sowie einer sich daraus ergebenden verschärften Kommodifizierung der Arbeitskräfte bei der Verteilung der Wertschöpfung zur Restgröße gemacht. Sie bekommen seitdem noch das, was von der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung übrigbleibt, wenn sich die Kapitaleigner mit ihrem angeeigneten Mehrwert aus Gewinn, Zins und Grundrente befriedigt haben (Spannagel 2015, Krämer 2015, Bontrup 2010).

Dass sich eine solche Umverteilung dann in den Vermögensbeständen, die ebenfalls völlig ungleich verteilt sind, niederschlägt, ist sofort einleuchtend. Nur in Deutschland belief sich Ende 2017 das Brutto-Geldvermögen (Bargeld, Bankeinlagen, Wertpapiere und Ansprüche an Versicherungen – nicht jedoch Immobilien) der privaten Haushalte auf 5 857 Milliarden Euro. Gegenüber 2016 war das eine Steigerung um knapp fünf Prozent, die allerdings nicht nur aus transaktionsbezogenen Zuflüssen herrührte, sondern auch zum Teil bewertungsbedingt war. Zieht man vom

Brutto-Geldvermögen die Verbindlichkeiten der privaten Haushalte ab, so ergab sich 2017 ein Netto-Geldvermögen von 4 131 Milliarden Euro (Deutsche Bundesbank 2018).

Geldvermögen will verzinst werden und stellt damit Ansprüche an das jährlich erwirtschaftete Volkseinkommen, das 2017 in Deutschland bei gut 2,4 Billionen Euro lag und eine Lohnquote von 68,5 Prozent implizierte. Unterstellt man hier nur eine durchschnittliche Verzinsung des Netto-Geldvermögens von zehn Prozent jährlich, dann müssen 413,1 Milliarden Euro oder knapp 17 Prozent des Volkseinkommens zur Befriedigung der Geldvermögenseigentümer, die für diesen Reichtumsgewinn selbst nicht gearbeitet haben, abgezweigt werden. Dieses Geld steht somit zur Bedienung der Arbeitsentgelte und auch der Unternehmergewinne nicht mehr zur Verfügung. Hinzu kommt bei dem immer mehr steigenden und sich konzentrierenden Finanzvermögen ein Zinseszins-Effekt, der die Ansprüche aus der realen Produktion an die verteilbaren Wertschöpfungen zulasten der Arbeitseinkommen weiter und weiter erhöht. Der französische Ökonom Thomas Piketty konnte dies empirisch für mehrere kapitalistische Länder zeigen (Piketty 2014a und 2014b, Bontrup 2014). Die Wachstumsraten (w) der Renditen auf Vermögens(Kapital-)bestände (r)⁴ steigen schneller als die Wachstumsraten der Wirtschaftsleistung, das Bruttoinlandsprodukt beziehungsweise die Wertschöpfung (g). Kurzum: Es gilt die Ungleichung ($w r > w g$).

9 Gespaltene Wirtschaft

Der Teufelskreis der Umverteilung hat so zwei immer mehr auseinanderklaffende Sektoren in der Ökonomie entstehen lassen, einmal in der wertschaffenden und -verteilenden realen Produktion und zum anderen in der nur wertverteilenden Finanzmarktsphäre. Beide Sektoren entwickelten sich zunehmend disproportional. Zwischen 1980 und 2007 ist das nominale Bruttosozialprodukt der Welt von 10,0 auf 55,7 Billionen US-Dollar, also auf das Fünfeinhalbfache, angewachsen. Das liquide Finanzvermögen dagegen stieg von zwölf auf 206 Billionen US-Dollar auf gut das Siebzehnfache (McKinsey 2015). Der Bestand an Finanzvermögen, deren Shareholder den Anspruch auf eine hohe Rendite erheben, war also im Jahr 2007 etwa dreieinhalb Mal so hoch wie die jährliche Produktion, aus der diese Gewinn-, Zins- und Grundrentenansprüche befriedigt werden müssen. Krisenbedingt ging dann 2008 das Finanzvermögen um 8,3 Prozent beziehungsweise 17 Billionen US-Dollar zurück, um dann aber 2009 schon wieder auf 206 Billionen US-Dollar anzusteigen und den Verlust vollständig wettzumachen. Ende 2012 waren es nach McKinsey bereits wieder 225 Billionen US-Dollar, die weltweit nach einer profitablen Anlage gesucht haben (zitiert in Frankfurter Allgemeine Zeitung 2013: 17). Insgesamt ist von 1980 bis 2012 das weltweite Bruttoinlandsprodukt um 593,0 Prozent gestiegen, während das Finanzvermögen um 1775,0 Prozent! zulegte.

Bezieht man an den weltweiten Finanzmärkten außerdem noch den Derivateboom in die Betrachtung ein, so ist das zirkulierende Finanzvermögen noch viel höher. *„Derivate sind (dabei) eine Weiterentwicklung klassischer Finanzprodukte. Deren Käufer ordern keine echten Euros oder Franken mehr und auch keine Aktien, sondern wetten mittels Termingeschäft oder Zertifikat indirekt auf steigende Devisenkurse, auf Erdölpreise oder auf den Kurs der Daimler-Aktie zu Weihnachten. Getippt werden kann*

4 Die Rendite wird hier gemessen als Kapitalertrag eines Jahres in Form von Gewinnen, Dividenden, Zinsen, Mieten/Pachten und anderen Kapitaleinkommen in Prozent des eingesetzten Gesamtkapitals.

und wird jedoch nicht allein auf ‚Gewinn‘, sondern auch auf den zukünftigen ‚Verlust‘ einer Währung und Aktie“ (Pfeiffer 2012: 130). Der Markt für Derivate ist selbst nach der Finanzmarktkrise weiter geradezu explodiert. 2012 lag das nominale Volumen bei mehr als 600 Billionen US-Dollar. Ein Wert der zehnmal größer war als das weltweite Bruttoinlandsprodukt (BIP). 2017 ist das weltweite Derivatevolumen auf 767 Billionen US-Dollar weiter angewachsen, und die Disproportion zum BIP hat sich noch entsprechend erhöht.

Es gibt also in conclusio nur eine wirkliche Lösung: endlich die neoliberal intendierte Umverteilung zu den Kapitaleinkommen stoppen und flankierend die Banken auf ihre „langweiligen“ Kernfunktionen wieder zurückführen – auf die Organisation des Zahlungsverkehrs und des Einlagen- und Kreditgeschäfts. Und wenn Banken unbedingt im Eigengeschäft zocken wollen, dann ist dies hochgefährliche Business von den Kernfunktionen unternehmensrechtlich streng zu trennen.

Literaturverzeichnis

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2018): Memorandum 2018 (Kurzfassung): Preis der „schwarzen Null“: Verteilungsdefizite und Versorgungslücken. Bremen.
- Bontrup, H.-J. (2010): Durch Umverteilung von unten nach oben in die Krise. Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Bontrup, H.-J. (2014): Pikettys Kapitalismus-Analyse. Warum die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Bergkamen.
- Bontrup, H.-J. (2017): Die Politik denkt nicht mehr kausal. Frankfurter Rundschau vom 4. August.
- Deutsche Bundesbank (2015): Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland – 2009 bis 2014. Statistische Sonderveröffentlichung 4. Frankfurt a. M.
- Deutsche Bundesbank (2017): Finanzstabilitätsbericht 2017. Frankfurt a. M.
- Deutsche Bundesbank (2017a): Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute. Monatsbericht September. Frankfurt a. M.
- Deutsche Bundesbank (2018): Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute. Monatsbericht September. Frankfurt a. M.
- Deutsche Bundesbank (2018): Pressemitteilung vom 13. April. Frankfurt a. M.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2013): Ohne Titel. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. März.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2018): Nur vier Landesbanken werden wohl übrig bleiben. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. Februar.
- Frankfurter Rundschau (2018): 4600 EU-Banker verdienen mehr als eine Million Euro. Frankfurter Rundschau vom 11. April.
- Hickel, R. (2013): Deutschland, Deine Banken. Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3
- Huffs Schmid, J. (2007): Internationale Finanzmärkte: Funktionen, Entwicklung, Akteure. In: J. Huffs Schmid, M. Köppen und W. Rhode (Hrsg.): Finanzinvestoren: Retter oder Raubritter? Hamburg, 10–50.
- Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.) (2017): Deutschland in Zahlen 2017. Düsseldorf.

- Krämer, H. (2015): Die Verteilung von Einkommen in Deutschland: (K)ein Problem? WISO Direkt, Nr. 32, Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn.
- Luttmer N. (2015): Die neue Übermacht. Internationale Finanzjongleure spekulieren mit Billionen Dollar und beeinflussen damit die Weltwirtschaft. Frankfurter Rundschau vom 13. November.
- Luttmer, N. (2016): Deutsche Bank. Ein Konzern in Schieflage. Frankfurter Rundschau vom 29. Januar.
- Luttmer, N. (2018): Deutsche Bank, Zurück auf Los. Frankfurter Rundschau vom 27. April.
- Mathes, A. (2015): Auf brüchigem Fundament. Frankfurter Rundschau vom 16. Juli.
- McKinsey (2015): Mapping Global Markets.
- Rappaport, A. (1986/1999): Creating Shareholder Value (1986), in deutscher Übersetzung: Shareholder Value. 2. Aufl. München.
- Piketty, T. (2014a): Das Kapital im 21. Jahrhundert. München.
- Piketty, T. (2014b): Das Ende des Kapitalismus im 21. Jahrhundert? Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12.
- Rügemer, W. (2011): Deutsche Bank: Betrug mit Systemrelevanz. Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2.
- Rügemer, W. (2016): Der Blackrock-Kapitalismus. Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10.
- Sauer, S. (2018): Rückkehr der Heuschrecken. Frankfurter Rundschau vom 11. April.
- Scheuplein, C. (2018): Private Equity Monitor 2017. Mitbestimmungsreport Nr. 40, März.
- Spannagel, D. (2015): Trotz Aufschwung: Einkommensungleichheit geht nicht zurück. WSI-Report Nr. 26. WSI-Verteilungsbericht, Heft 8.
- Troost, A. (2016): Die deutsche Bank – eine der kriminellsten Banken der Welt? Deutscher Bundestag, Berlin.